

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Verlagspreis: freibleibend einschließlich Bringerlohn vom 16. bis 31. August  
500 000.— M., unter Abrechnung für Deutschland wöchentlich 250 000.— M.,  
auswärtig 125 000.— M., Einzelnummer 40 000.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gepaarte Nonpareilzeile 25 000.— M., auswärts  
30 000.— M., die 3gep. Reklamazeile 100 000.— M., auswärts 125 000.— M.,  
Ausland 100 000 u. 300 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familien-  
anzeigen: Straßen- u. Metzgerzeile 40 Proz. Rab. Für Briefniederl. 10 000 M.

Nr. 190

Dresden, Donnerstag den 16. August 1923

34. Jahrg.

## Wirtschaftspolitik und Einzelhandel

Vom sächsischen Wirtschaftsminister Zellisch

Das soziale und wirtschaftliche Leben Deutschlands wird zur Zeit weitaus mehr als je zuvor entscheidend beeinflusst durch eine völlig neuartige Interessensrichtung, die wir früher nicht konnten. Die sozialen Schichten haben sich unter so vielen Geld- und Wirtschaftsverhältnissen nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Klassen, d. h. deutscher ausgedrückt, nach ihrem Einkommen und dem Grade ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit oder Unselbständigkeit. Nur nebenbei durchkreuzten besondere Standesmomente dieses sozialgeschichtliche Prinzip, das sich zweifellos auch heute noch mit oberer Bestimmtheit auswirkt. Daneben aber wird neuerdings die Interessensrichtung entscheidend bestimmt durch unsere trübenden Währungsverhältnisse, deren Auswirkungen für einzelne Schichten unseres Volkes in dem Maße immer verhängnisvoller werden, wie die Entwertung der deutschen Mark weiter vor sich geht. Und doch wird durch die neuen Markentwertungen nicht mehr in dem Maße wie noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit die Gesamtheit unserer Bevölkerung ganz gleichmäßig beunruhigt und erschüttert.

Es ist heute nur noch ein ganz bestimmter Teil des Volkes, der in seiner wirtschaftlichen Existenz und in all seinen Existenzbedingungen durch jede neue Markentwertung mehr und mehr herabgedrückt und der Verarmung oder gar Verelendung entgegengeführt wird. Innerpolitisch und innerwirtschaftlich betrachtet ist es gewiß ein Unglück für uns, daß die deutsche Mark in ihrem Werte überhaupt so sehr sinken mußte. Das weit größere Unglück besteht jedoch darin, daß wir im deutschen Wirtschaftsleben zur Zeit nicht einseitig noch einer niedrigeren Währungsform Rechnung führen, sondern daß sich zwei Währungen im Wirtschaftskreislauf in denselben Bande gegenüberfinden. Man übertrifft wohl kaum, wenn man sagt, daß heutzutage, als der Dollar von 800 auf 1000 M. gestiegen war, Teile der Industrie und des Großhandels in einen größeren Schwere und in weit erheblichere momentane Schwierigkeiten gerieten, als es vor kurzem der Fall war, da der Dollar umgerechnet von 80 000 auf über 175 000 M. in die Höhe schnellte. Das erklärt sich daraus, daß sich heute die Industrie und weite Teile des Großhandels schon fast völlig auf die Goldwährung umgestellt haben, d. h. sie fordern bei ihrer Preisstellung sowie bei der Abrechnung, als dies dem jeweiligen Tageskurse in Goldwährung entspricht. Aus diesem Grunde bietet für diese Kreise des Wirtschaftslebens die sehr rasch fortschreitende Markentwertung nicht mehr eine so katastrophale Gefahr. Das ist um so weniger der Fall, als diese Kreise wohl noch Goldwährung rechnen, wenn sie Forderungen an Dritte zu stellen haben, sich aber die Papierwährungsrechnung noch nicht angewöhnt haben für die Fälle, wo sie, abgesehen vom Rohstoffbezug vom Auslande, Selbstleistungen an Dritte zu erfüllen haben. Der Preisforderung nach Goldmark steht z. B. die Gewährung des Lohnes und Gehaltes an Arbeiter und Angestellte gegenüber. Das Einkommen dieser breiten Schichten ist aber Gradmesser und Maßstab für die allgemeine Kaufkraft. Da diese naturgemäß bei jeder weiteren Markentwertung aus den dargelegten Gründen geringer werden muß, so leidet unter diesem Umstande natürlich in erster Linie der Stand am allermeisten, dessen Existenzbedingungen einzig und allein von dieser Kaufkraft abhängig sind, und das ist der Einzelhandel. Dieser hat bisher gewohnheitsmäßig noch mit der Papierwährung rechnen müssen, weil diejenigen Volksschichten, von denen er lebt, auch damit rechnen mußten und ihn deshalb noch Goldwährung nicht bezahlten konnten.

Einzelhandel und Konsumenten sind daher heute die Interessenschichten der Papierwährung, und neben ihnen befinden sich die Großindustriellen und agrarischen Erzeuger. Die in wesentlichen schon die Goldwährung für sich in Anspruch nehmen. So klammern sich die Interessenschichten in Deutschland heute in der Hauptsache noch diesen beiden gleichzeitig nebeneinanderstehenden Währungen, der Goldwährung und der Papierwährung.

Volkswirtschaftlich und sozial ist diese Erscheinung außerordentlich besorgniserregend. Die Anwendung der Preisforderung in Goldwährung ist gerade den wirtschaftlich starken Gruppen unserer Väterzeugung und des Güterumlaufs bisher gelungen. Papierwährung beherrscht noch die Geschäfts- und Daseinsbedingungen der wirtschaftlich schwächeren Einzelhändler und der Konsumenten. In dem Maße, wie es eine Interessensgruppe aber versteht, sich von der Papierwährung freizumachen und zur Goldwährung überzugehen, schiebt sie sich vor der Zeitnahme am Substanzverlust des gesamten volkswirtschaftlichen Betriebes. In demselben Ausmaß also, wie sich industrielle und agrarische Erzeugung sowie auch ein erheblicher Teil des Großhandels durch Rückkehr zur Goldwährung von der eigenen Mittragung am Substanzverlust befreien, werden Einzelhandel und Konsumenten in sozialer Folgeverwirrung dazu verurteilt, mehr und mehr die Lasten dieses Substanzverlustes allein zu tragen. Das führt mit Notwendigkeit zu einer immer größeren Verarmung dieser Schichten. Die Masse der Verbraucher hat schon seit langem einen Substanzverlust durch das enorme Sinken des Reallohnes zu ertragen, der so niedrig geworden ist, daß die verbrauchte Arbeitskraft immer nur zu einem ganz verminderten

Teile wieder hergestellt werden kann und beim Einzelhandel zeigt sich der Substanzverlust in der Verringerung des Warenbestandes, über den auch die höchstgelegenen Kennwertzahlen nicht mehr hinwegtäuschen können. Einzelhandel und Konsumenten stehen daher in einer aus zwangsläufigen wirtschaftlichen Tatsachen heraus entstandenen Solidarität der Interessengruppe der Goldwährungsrechnung gegenüber. Diese Solidarität zwischen Einzelhandel und Konsumenten ist leider noch nicht in das Bewußtsein der Beteiligten übergegangen, denn sonst würden sie das Schwerkriegs ihres Angriffsstumpfes schon längst mit vereinter Kraft gegen die Goldwährungsrechnung gerichtet haben.

Der Einzelhandel befindet sich im Zuge der Entwicklung in einer Zwangslage, die sich für seine Zukunft trotz aller Anstrengungen nicht vermeiden läßt. Er muß sich den ihm diktierten Preisgeboten der wirtschaftlich mächtigen Goldwährungsrechnung fügen und hat nicht die Möglichkeit, beim nur nach Papierwährung bezahlten Konsumenten das herausgeholt, was ein normales Äquivalent der eigenen Preisleistungen bedeutet. Der Konsument ist in einer ebenso traurigen Lage. Er wehrt sich mit einem berechtigten Selbstschutzes gegen die vollständige Verelendung, und da er dann zuweilen an der Aufgabe verzweifelt, so rächt es es notwendig ist, den starken Goldwährungsinteressen die Abzuringen, was die normale Wertschöpfung seiner blühenden Lebenslage erfordert, so kämpft er mitunter in einer tödlichen Verleumdung der Verhältnisse mit dem stärksten Druck gegen den Einzelhandel. Das ist menschlich verständlich, volkswirtschaftlich betrachtet jedoch irrig. Es ist selbstverständlich, daß immer nur der lautierte Einzelhändler zum Objekt dieser Betrachtung gestellt ist, denn der Wucherer und Betrüger, der die Ausnahme bilden soll, kann nie das geeignete Objekt zur Vorahme einer wirtschaftlichen Untersuchung sein. Diese Voraussetzung zugrunde gelegt, verarmen, wenn die Dinge so weiter gehen wie bisher, Konsument und Einzelhandel mit ihrer Substanz immer mehr, während sich die wirtschaftlich starken Goldwährungsrechnung mehr und mehr der Opferleistung, die die ungeheure gegenwärtige Not von uns verlangt, preislich entziehen. Die Wirkung muß die sein, daß der soziale Kampf im Volke sich dauernd verschärft und Gefahren entstehen, durch die die Verzweiflung und die durch sie herbeigeführten tragischen Folgen immer mehr an uns heranrücken. Wollen wir dieser Entwicklung entgegengehen, dann muß die Währung ausgleichend werden.

## Kommunistische Niederlage

Der von den Kommunisten unternommene Generalstreik hat mit einem vollständigen Mißerfolg geendet. Das war vorauszusehen, weil der Generalstreik kein bestimmtes, durch die Entwicklung notwendiges Ziel hatte und überhaupt jeder klaren Grundlage entbehrte. Angedordnet war der Streik von den Kommunisten durch ihre Berliner (und letzten Grades Moskauer) Zentrale, aber die formale Bekräftigung und Durchführung übertrug man den Betriebsräten. Obwohl in Berlin und in Mitteldeutschland wurden Betriebsratskongresse vorgeschoben. Das schien zunächst für die Kommunisten ein Vorteil zu sein, erweist sich aber bald als gefährlich für sie, denn die Betriebsratsorganisationen stehen noch immer in harter Beziehung zu den Gewerkschaften, so daß sie in ihrer Gesamtheit noch nicht zum blinden Hülforgan der kommunistischen Parteileitung geworden sind. In Mitteldeutschland entzogen sich die sozialdemokratischen Betriebsräte der kommunistischen Diktatur und appellierten an die gewerkschaftliche Einsicht der Arbeiter. So konnte die Parteiführung in Halle, Mitteldeutschland sei wieder zum Ausgangspunkt für die „Erhebung der Arbeiterklasse zur Diktatur“ zu machen, nicht durchgeführt werden. Die Arbeiter folgten nur zum Teil der Streikparole, und zwar auch nicht aus „Einsicht und Überzeugung“, sondern aus dem Verzweiflungsdrange der Not und des Elends. Da das Zentrum der Bewegung, also Mitteldeutschland, verjagt, mußte auch Berlin abfallen. Dabei ist es nur zu den schwersten Herwürfen zwischen der Leitung der K. P. D., die den Streik fortzusetzen erging, und den Betriebsratsleitungen gekommen. Die Ausschanderlegung über die Schuld am Zusammenbruch wird demnach die verantwortlichen Diktatoren entlasten.

Aber abgesehen von organisatorischen Fehler mußte auch der Streik seines verfassungsmäßigen Zweckes verlustig werden. Inert war das Ziel Sturz der Cuno-Regierung. Doch die verfassungsmäßige Lösung des Streiks durch den sozialdemokratischen Fraktionsbegriff über unsere Forderungen. Denn das war das Ziel im „Sturz der Cuno-Regierung“ — doch dafür ist die Masse der Arbeiter nicht zu gewinnen. Gewiß ist die Diktatur für proletarische Parteien ein Hebel, aber es ist nach Ansicht der Mehrheit der Parteiführung nicht durch die allgemeine Not, und es ist gegenüber dem sonst unvermeidlichen Chaos, aus dem sich die schrankenlose großkapitalistische Diktatur erheben würde, noch das kleinere Übel — immer noch Ansicht der sozialdemokratischen Mehrheit. Und eine Koalitionsregierung über lediglich wegen ihres Charakters

d. h. auch der Einzelhandel muß der gleichen Währung unterstellt sein, die beim Erzeuger schon längst besteht, und Arbeiter, Angestellte und Beamte müssen durch eine gleiche Lohn- und Gehaltskala in den Stand gesetzt werden, ihre Kaufkraft so weit zu erheben, daß auch sie in diese Währungsrechnung eingegliedert sind.

## Verdreifachung der Steuerung

Berlin, 15. August. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 13. August auf das 436 fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (149 531) beträgt somit 192,2 u. G., also rund 200 Prozent, was einer Verdreifachung der Preise gleichkommt. Die Reichsindexziffer gibt aber bei weitem nicht den wirklichen Grund der Steuerung an, zumal für die unentbehrlichsten Lebensmittel. Die Preissteigerung in den letzten Tagen war noch viel größer.

## Trübes aus dem Ruhrgebiet

Münster, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) In Datteln kam es am Mittwoch nachmittag zu schweren Ausschreitungen kommunistischer Elemente. Circa 5-6000 Mann bedrohten das Lebensmittellager, führten das Amtshaus und mißhandelten die Geordneten Wälle, dem ein Margarinefabrik auf den Kopf geschlagen wurde. Die zur Entsehung des Amthaus herbeigeholten Polizeibeamten, die auf Aufrechterhaltung des Gesetzes aufgeben hatten, wurden schwer mißhandelt. Acht Beamte mußten schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden, die übrigen sieben wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Polizeiliche Verhaftungen aus Reddinghausen wurden gleichfalls von der Menge angehalten und angegriffen. Sie hatten drei Verletzte. Von den Ruhestörern wurden, soweit bisher bekannt wurde, fünf Mann verhaftet. Von Reddinghausen sind am Mittwoch polizeiliche Verhaftungen eingetroffen. Die Besatzung hat das Eingreifen abgelehnt und sich nur zur Stellung einzelner Patrouillen bereit erklärt.

Esfeld, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) In Rültheim (Ruhr) sind die Besatzungen der Jechen mit Ausnahme der Jechen Gegenstand wieder eingefahren. Sie üben jedoch passives Verhalten. Auf den Jechen-Werken wird voll gearbeitet. Auch in Oberhausen sind die Besatzungen überall eingefahren. In Dierke fanden nach den Plünderungen des Dienstag am Mittwoch morgen erneut Zusammenkünfte auf den Straßen statt, ohne daß es aber zu Zwischenfällen gekommen ist. Von der Polizei, die von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern unterstützt wurde, sind im Laufe des Dienstag etwa 50 an den Plünderungen beteiligte Personen festgenommen worden. In Duer und Gladbeck ist das für Lohnzahlungen erforderliche Geld flüssig gemacht worden; die Folge ist, daß überall gearbeitet wird.

als „Koalition“ zu stürzen, wird sich keine Arbeiterklasse in den Generalstreik treiben lassen. Denn die elementarste Voraussetzung fordert doch, daß man erst die Laten der Koalitionsregierung sehen müsse. Ihr Programm, mehr noch aber die Durchsetzung des Programms ist doch entscheidend. Und dann wird es erst Zeit sein, wenn die neue Regierung auch vorzuziehen sollte, mit dem letzten Mittel auf den Plan zu treten.

Doch solche vernünftige Erwägungen sind in gegenüber der Leitung der K. P. D. völlig vergeblich. Die K. P. D. Führung wollte ja das Durcheinander, die Zerlegung der Arbeiterbewegung, auf daß sie die Sowjet-Diktatur errichten könne. Für die K. P. D. ist die ganze Bewegung kein Ringen um Linderung der Not, um Lebensmittelfürsorge und Bekämpfung des Elendes, sondern um Durchsetzung der Hochdiktatur der K. P. D. Zentrale — im Auftrag von Moskau. Wenn größere Teile der Arbeiterklasse diese Politik nicht durchschauen oder sich noch nicht von ihr lösen können, so ist das nur eine Folge der grenzenlosen Not und Verzweiflung, die jetzt die Arbeiter zermüht. Wäre nicht die Verzweiflung über das Elend den kommunistischen Diktatoren zu Hilfe gekommen, ihre Generalstreikparole wäre überhaupt verpufft. Aber auch nach dem Scheitern dieses Abenteuer der Gewalt wird die Selbstschätzung der Arbeiterklasse große Fortschritte machen. Die schuldigen Diktatoren der kommunistischen Herrschaft, die mittelständischen Proletariat, entziehen sich jetzt schon den Scherenschnitt — man denke, daß die 20 000 Arbeiter des Leuna-Werkes (Merseburg) die Generalstreikparole beifolgt haben! — so daß auf Grund der proletarisch-kommunistischen Bewegung zu rechnen ist. Das wird ein Gewinn für die Arbeiterklasse im planmäßigen Ringen um ihren Aufstieg sein.

## Arbeitsaufnahme in Berlin

Berlin, 16. August. (Eigener Bericht.) In Groß-Berlin ist am Mittwoch die Arbeit fast allgemein wieder aufgenommen worden. Nur vereinzelt kam es noch zu Streikfällen; insbesondere in den Betrieben, wo Entlassungen der Streikenden vorgenommen wurden sind. Soweit in den städtischen Betrieben Berlin einige der städtischen Gewerkschaften der kommunistischen Entlassungen teilnehmend haben, soll durch eine Kommission aus zwei Vertretern der Gewerkschaften und zwei Vertretern der Kommunisten und einem Unparteiischen eine Prüfung der Berechtigung der Entlassungen vorgenommen werden. Es ist zu hoffen, daß auch die Privatindustrie für dieses Verhalten der städtischen Verwaltung, das auf eine Linie der Kommunisten selbst zurückgeht, zu eben macht, um die Kommunisten im Wirtschaftsleben zu weichen zu lassen.

Die Nachrichten aus dem Reich zeigen, daß überall die

\* Wir entnehmen diesen Artikel der Textil-Welt, Wochen-Kritik für die gesamte Textilindustrie, Nr. 12



# Stützungsaktion und Putzschgefahr

Seit einigen Tagen haben sich die amtlichen Stellen unter dem Druck der organisierten Arbeiterschaft zu einer neuen Stützungsaktion für die Mark entschlossen, die darum besonders Aussicht auf Erfolg hatte, weil sie zusammenfiel mit den weitgehenden Beschlüssen zur Sanierung der Staatsfinanzen. Die bürgerlichen Parteien konnten sich, leider viel zu spät, nicht mehr der Erkenntnis entziehen, die die Sozialdemokratie seit Jahr und Tag sich zu eigen gemacht hatte. Mag man selbst in Einzelheiten dieses Programms unzulänglich finden, im ganzen bedeutet es eine so

vollkommene Abkehr des bisher vom Bürgerium verfolgten Gebankens der Substanzerhaltung in der Privatwirtschaft auf Kosten des Staates und der Verbraucher,

daß man schon an Hand der bisherigen Beschlüsse von dem Beginn einer neuen Ära der deutschen Finanzpolitik reden kann. Die Stützungsaktion war ein Teil dieses Programms. Sie wurde eingeleitet mit Markkäufen im Ausland und mit einem Verbot an Markverkäufen gegen alle Inländer. Die Goldhandelsbank wird jetzt von der neuen Regierung aufgefordert und soll damit die Vorbedingung für eine Entlastung des Devisen- und Warenmarktes, deren spekulative Charakter, bisher dem Staat gegen die Mark wertvolle Hilfe war. Darüber hinaus sind maßgebende Sachverständige, so u. a. der jetzige Reichsfinanzminister, Genosse Hilferding, der frühere Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Prof. Dr. Girsch, und Prof. Pöhl mit öffentlichen Gutachten aufgetreten, welche unmittelbar die Einführung einer neuen Goldwährung befürworten. Die Zeit für die Stützungsaktion der Mark ist also seit einigen Tagen reifer als je. Unter diesen Umständen mußte es ausfallen, daß das Ausland die Mark seit dem letzten Donnerstag erheblich besser bewertet als das Inland. Kurse von 2 1/2 bis 3 Millionen Mark für den Dollar waren an den Börsen von New York, London und Paris nichts ungewöhnliches mehr. Trotzdem sank in Berlin der Dollar am 10. August auf 82, am 12. August auf 87 Millionen Mark, also verhältnismäßig viel weniger als im Ausland, obwohl in Deutschland die gegen die Spekulation errichteten Schranken wirksamer sind als an andern Börsenplätzen.

Diese Erscheinung ist auffallend. Die deutschen Kapitalisten, die noch im Besitz von Devisen sind, scheuen sich, diese abzugeben, obwohl sie bei steigenden Devisenkursen die Aussicht haben, daß der Wert der für Devisen erhaltenen Papiermark in stark steigt. Eine Erklärung für das eigenartige Verhalten des Privatkapitals gehen einzig und allein

die sorgfältigen Gerüchte über Unruhen, die Aufständigung der Kommunisten, die einen neuen Aufbruch in Aussicht stellen zu.

Wäre es merklich, man erinnere sich an die Markstützungsaktion, die am letzten Tage des Januar einsetzte und in den ersten Tagen des Februar mit dem durchschlagenden Erfolg endete, daß die Mark auf das 2 1/2fache ihres Wertes gehoben wurde. Diese Aktion war, wie sich erst später herausstellte, so unzulänglich wie nur irgendmöglich vorbereitet und ausgeführt worden. Trotzdem reagierte damals der Berliner Devisenmarkt auf jeden neuen Ausbruch des Dollars mit einer nervösen

Spannung. Es kamen große Devisenmassen auf den Markt, die Berliner Kurse eilten der abwärtsgehenden Linie der ausländischen Dollarkursbewegung voraus. Jetzt ist davon nur wenig zu spüren, obwohl die Stützungsaktion, wie erwähnt, wesentlich gründlicher vorbereitet und in außerordentlichem Maße dadurch verstärkt wird, daß man jetzt aufhört, um die Staatsfinanzen herum nur Worte zu machen.

Dabei wird — und das ist das Auffallendste an der Verfassung des Devisenmarktes — die Stützungsaktion durchaus ernst genommen. Es gibt bereits Kreise, die sich breiten, aus der Ware herauszugehen, weil sie die Papiermark doch ein wenig höher einschätzen als bisher. So waren am Montag zum ersten Male seit mehreren Tagen an der Berliner Börse wieder Metallpreise notiert, die sich im allgemeinen um ein volles Drittel niedriger stellten als der Preis vom 9. August. Am Markt der landwirtschaftlichen Produkte, der letzten Sonnabend durch die sich widersprechenden Markkursermeldungen des Aus- und Inlandes berast außer Rand und Band geraten war, daß man auch hier entgegen der sonst üblichen Gewohnheit die Notierungen eingestellt hat, verzeichnet man am Montag ein starkes Warenangebot, das keine Aufnahme fand. Die amtlichen Preise für Roggen und Weizen gingen dementsprechend um 6 bis 10 Prozent zurück. Man sieht, die Salntabellade, die der Devisenmarkt über den Warenmarkt verhängt hat, beginnt sich zu lockern, und das wäre nicht möglich, wenn man an einen Dauererfolg der Stützungsaktion nicht glaubte. Nur die Devisenbesitzer halten noch zur Stunde an ihrem Material fest. Dabei ist, nachdem

die Goldpreise auf den ganzen Linie eingeführt sind, mit einem allzu langen Festhalten der Devisen die Gefahr verknüpft, daß für deren Besitzer gewaltige Verluste eintreten, wenn man nicht rechtzeitig aus dem goldhaltigen Geld des Auslandes in die steigende Papiermark geht.

Sind Unruhen im Verzuge, und es genügen dazu nur Streiknachrichten, so besteht natürlich die Gefahr, daß im Ausland die pessimistische Haltung gegenüber der Mark wieder die Oberhand gewinnt, weil man der Währung eines von politischen Wirren durchzitterten Landes niemals Vertrauen schenken kann. Mit dieser Möglichkeit rechnen die Devisenbesitzer und Spekulant auch in Berlin, und deswegen trauen sie bis zur Stunde dem Erfolg der Stützungsaktion nicht. Auch die Kommunisten trauen ihm nicht und tun ihr Bestes, um eine der deutschen Währung günstige Atmosphäre an den ausländischen Börsenplätzen nicht aufkommen zu lassen. Ob sie es wollen oder nicht, der Erfolg, der allein entscheidet, ist der, daß die auf den Wiedergang der Mark spekulierenden Kreise, die Sachverwalter und Industriemagnaten, sich bei den deutschen Kommunisten dafür bedanken dürfen, wenn die Mark sich nicht bald stark bessert.

Die Kommunisten müssen im Interesse des Volkswagens Unrecht behalten. Die 60 Goldpfennige, die sie ihren Anhängern versprochen, sind im Grunde bereit, die durch Putzschpropaganda den Dollar und damit die Preise für Schmalz, Margarine, Mehl und alle andern Produkte in die Höhe treiben, eine blühende Ironie. Das sollten sich alle Arbeiter sagen lassen, die unter dem Druck der maßlosen Erwerbslosigkeit dazu neigen, dem kommunistischen Propaganda Gehör zu schenken.

Der bisherige Vorfesche der Reichsregierung hat dem Reichskanzler sein Amt zur Verfügung gestellt. Er wird wahrscheinlich schon in den allerersten Tagen einen neuen Mann ersetzt werden. Der Reichskanzler hat bereits mit mehreren Personen über die Besetzung dieses wichtigen Amtes Rücksprache genommen, ohne sich jedoch bisher endgültig zu entscheiden. Kräftlich dessen bringen wir, wie auch bei früheren Gelegenheiten, erneut den Wunsch zum Ausdruck, daß die Leitung der Presseabteilung in Zukunft nicht einem verknöcherten Bureaufakten, sondern einem Mann anvertraut wird, der innerhalb der deutschen Presse einen gewissen Ruf hat und vor allen Dingen vom Pressewesen etwas versteht. Gleichzeitig aber verweisen wir schon heute darauf, daß die Sozialdemokratie in Zukunft mindestens die Vertretung des Pressewesens durch einen ihrer Vertrauensleute beanspruchen muß. Rechte, die andere Parteien für sich in Anspruch nehmen, können der stärksten Partei nicht verweigert werden, zumal bis heute nicht ein einziger Sozialdemokrat in der Presseabteilung der Reichsregierung sitzt.

De Valera gefangen. Aus London kommt die Nachricht, daß der ehemalige Präsident des irischen Freistaates und jetzige Führer der unversöhnlichen Republikaner, Eamonn de Valera, gefangen genommen wurde. De Valera, der seit dem blutigen Dubliner Osteraufstand von 1916 der anerkannte Führer der Unabhängigkeit ist, hat bekanntlich die Regelung der irischen Frage, die einen Freistaat mit dem Status eines Dominions schuf, verworfen und mit seinen Anhängern einen abgeleiteten Kampf mit dem Endziel der völligen Unabhängigkeit der irischen Republik geführt, der von den Truppen des Freistaates ebenso blutig bekämpft wurde, wie feinerzeit die Freiheitsbewegung von den britischen Truppen. Mehrere seiner treuesten Anhänger wurden bereits gefangen genommen und als „Rebellen“ von der Dubliner Freistaatsregierung hingerichtet.

## Briefporto 20000 M.

Berlin, 14. August. Am Dienstag stimmte der Postgebührenausschuß des Reichstags neuen Erhöhungen der Postgebühren zu, die noch im Laufe des August in Kraft treten sollen. Die kommenden Gebühren sind u. a.: Postkarten im Ortsverkehr 4000 M., im Fernverkehr 8000 M.; Brief bis 20 Gramm im Ortsverkehr 8000 M., im Fernverkehr 20 000 M., bis 100 Gramm 12 000 M., bzw. 25 000 M.; Druckfachen bis 25 Gramm 4000 M., bis 50 Gramm 8000 M., bis 100 Gramm 12 000 M.

Berlin, 16. August. Der Reichstagsausschuß für Post- und Telegraphenwesen beschloß am Mittwoch eine grundsätzliche Änderung der Postgebühren, die in Zukunft durch eine Grundgebühr und eine Schlüsselgebühr als Multiplikator errechnet werden soll. Die Schlüsselgebühr soll zunächst ermittelt werden aus einem Vergleich der Personalgebühren im Verhältnis zum 1. Juli 1914. Später soll als Maßzahl die Reichsindizesziffer angewandt werden. Doch sollen so berechnete Tarifsteigerungen in der Regel nur zum 1. oder 16. eines Monats in Kraft treten. Als Grundgebühr für die Postkarte des Ortsverkehrs wird 0,02 M., des Fernverkehrs 0,04 M., also nicht ganz die Postgebühre angenommen. Beim einfachen Fernbrief wird jedoch von 10 Pfennig ausgegangen.

Die Eisenbahntarifserhöhung. Am 20. August d. J. werden die Personen- und Gepäcktarife der Reichsbahn um 900 Prozent, die Güter- und Tierarife um rund 2000 Prozent gegenüber dem Stande der Tarife vom 1. August erhöht.

Die wertbeständigen Tarife (Zubehörsatz) werden im Personenverkehr zum 1. September eingeführt; im Güterverkehr jedoch am 20. August. Die Schlüsselgebühr für den Güterverkehr ist auf 1 200 000 festgesetzt worden.

## Aus aller Welt

Ein zweiter Fall Landru? Ein Kriminalfall, der hart an die Affäre Landru erinnert, hält seit einigen Tagen die Bewohner der Stadt Antwerpen in Erregung. Es sind ungefähr vier Wochen her, daß eine Dame der Gesellschaft, namens Madame Saerens, spurlos verschwunden ist. Sie hat an einem Sonntag ihre Wohnung verlassen, um einen kleinen Ausflug anzutreten und ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Ihr plötzliches Verschwinden ist um so auffälliger, da auch eine andere junge Dame, Madame Cools, vor drei Jahren unter ähnlichen Umständen plötzlich verschwunden ist. Madame Cools bewohnte dasselbe Haus, in dem auch die unglücklich verschwundene Frau Saerens ihre Wohnung hatte. Die Polizei von Antwerpen hat damals bezüglich alles Aufgehobenen, um den Aufschluß der unglücklichen Frau Cools zu ermitteln. Das unglückliche Aussehen, das das plötzliche Verschwinden von Frau Saerens in der Stadt hervorgerufen hat, wird noch durch einen andern, nicht weniger mysteriösen Fall gesteigert. Am 14. Juli ist auch eine dritte junge Dame, die nicht weit von dem verschwindenen Mädchen, in dem sich das Unglück ereignete, befreundet, spurlos verschwunden. Jetzt ist nun der Polizeidirektion von Antwerpen ein Brief gekommen, der an die Eltern der dritten verschwundenen Dame gerichtet war. In diesem Briefe ersuchte die junge Frau ihre Eltern, sie nicht mehr zu suchen, da es ihr ganz unmöglich ist, das Leben an der Seite eines Mannes fortzuführen, der sie unglücklich gemacht hätte. Der Brief ist folgendermaßen unterzeichnet: „Eure nunmehr ferne Tochter.“ Man erwidert es aber, daß der Brief nicht von der Verschwindenden herrührt. Die Eltern bezeichnen zwar, daß die Schrift mit der ihrer unglücklichen Tochter identisch sei. Verwandte und Bekannte der jungen Frau wollen dagegen in dem Schriftzüge die Schrift der Verschwindenden nicht erkennen. Auch der Anhalt erscheint etwas rätselhaft, da die junge Frau, wie die verschwindenden Jungen ausjagen mußten, im besten Einverständnis mit ihrem Manne lebte.

## Der Dollar 2693350,-

	16. 8.	16. 8.	15. 8.	15. 8.
	Proz.	Geld	Proz.	Geld
Amsterdam	1	1067925,0	1068275,0	1067925,0
Berlin	1	887770,0	887775,0	887775,0
Bombay	1	422865,0	422865,0	422865,0
London	1	502740,0	502740,0	502740,0
Paris	1	722190,0	722190,0	722190,0
St. Petersburg	1	75311,0	75311,0	75311,0
Wien	1	123690,0	123690,0	123690,0
Zürich	1	110797,50	110797,50	110797,50
Antwerpen	1	1280000,0	1280000,0	1280000,0
Brüssel	1	2693350,0	2693350,0	2693350,0
Madrid	1	149825,0	149825,0	149825,0
Barcelona	1	493782,50	493782,50	493782,50
Valencia	1	369075,0	369075,0	369075,0
Wien (abgest.)	100	8900,0	8900,0	8900,0
Prag	1	80797,0	80797,0	80797,0
Budapest	1	14708,0	14708,0	14708,0

rs. Berlin, 16. August (Wg. Draht.) Am Devisenmarkt ist die Tendenz heute vorwiegend wieder etwas besetzt. Das Angebot hat nachgelassen, während allerdings die Nachfrage kaum zugenommen hat. Das Geschäft ist unter diesen Umständen überaus ruhig, die ausländischen Zahlungsmittel setzten eine Mengelei über den gestrigen Schlusskurs ein und hielten sich den ganzen Vormittag über auf diesem Preisstand. Der Dollar, der gestern abend mit 2 1/2 bis 3 Millionen geschlossen hatte, wurde heute mit 3 bis 3 1/2 Millionen gehandelt. Dementsprechend wurden englische Pfunde mit 14 bis 14 1/2 Millionen genannt.

An den Effektenmärkten überwiegt heute wieder die Nachfrage. Selbst das Publikum, das an der letzten Börse sehr stark als Verkäufer aufgetreten ist, hat wieder mehr Kaufaufträge erteilt. Insbesondere aber schreitet auch die Spekulation zu weiteren Käufen. Das Interesse erstreckt sich auf alle Marktgebiete.

## Deutscher Reichstag

362. Sitzung vom 15. August  
Der Antrag aller Parteien auf **Gebühre der Anlagen in der** **Verkehrsversicherung** wird ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen. Er setzt die erste Beratung des Gesetzes über die werblichen Post- und Telegraphengebühren. Nach der Vorlage soll die Grundgebühr durch Vermehrung mit einer Schlüsselgebühr ersetzt werden, deren Grundlage die jeweiligen Bezüge des Verdieners bilden sollen im Vergleich zum 1. Juli 1914 oder einer anderen günstigen Reichsindizesziffer. Auf dieser Grundlage soll der Schlüssel zum 1. oder 16. des Monats die Gebühren festsetzen. Die Vorlage wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Fernsprechtarifgesetz. Es bringt unter anderem die Grundgebühr eines reinen Fernsprechtarifs, der von oder monatlich eine Mindestzahl von Fernsprechrufen bezahlt werden muß. Auch die Fernsprechtarife sollen wertbeständig gemacht werden. Ein Antrag (Herrn) fordert mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die Handwerker und kleinen Unternehmern durch die Geldentwertung erwachsen, die Regierung auf, die Berechnung der Abgaben der Arbeiter anzumessen, erprobten überaus wichtigen Abgaben auf laufende Lieferungen zu gewähren. Der Antrag wird angenommen.

Zu dem vom Abg. Oetz (Soz.) eingebrachten Gesetzentwurf über **finanzpolitische Maßnahmen der Reichsregierung** haben die Regierungsparteien eine Entschließung vorgelegt, wonach die Regierung alsbald die Gesetzesentwürfe einbringen soll, die durch Bekämpfung der Vermögenswerte der Wirtschaft und durch Hebung einer wertbeständigen Währung eine Sanierung der Staatsfinanzen und eine Stärkung der Reichskasse in die Wege zu setzen geeignet sind. Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding auf eine Anregung des Abg. Dr. Pfeiffer (Nat. Vp.) zugesagt hat, daß die Regierung in dieser Frage mit den Berufsständen in bester Fühlung bleiben wird, wird die Entschließung angenommen.

Abg. Dr. Gergfeld (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag auf **Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. August**, die sich auf die Verhaftung der politischen Räte und anderer kommunistischer Mütter bezieht. Der Reichspräsident habe gegen den Geist der Demokratie dadurch verstoßen, daß er die Presse unter das Polizeigewalt gestellt habe. Der gegen die Ausländer gerichtete Teil dieser Bestimmungen ist am besten als eine Verhinderung zu bezeichnen, und er sei so unzulänglich gefaßt, daß jeder beliebige Ausländer über die Presse fallen könne.

Abg. Müller, Franken (Soz.) beantragt, den Antrag dem Reichsausschuß zu überweisen. Die Angriffe des Vorredners auf den Reichspräsidenten würden diesen ebenso wenig aufregen wie die Sozialdemokratische Partei. Es handelt sich hier um die von dem Kabinett erlassenen Bestimmungen. Am übrigen sei es dem Reichspräsidenten überlassen, sich demokratischen Republikern zu schenken. (Laut, stürmische Unterbrechungen der Kommunisten.)

Abg. Thomas (Komm.): Die Heberzeugung an den Reichsausschuß ist heute, wo das Land sich verlagert, einem Verbot gleichzusetzen. Der Antrag muß sofort zur Erledigung kommen. Die Verfassung gibt jedem Deutschen, auch dem Arbeiter, das Recht des freien Wortes. Deshalb darf es ihm nicht durch eine Ausnahmeordnung entzogen werden. Reichsinnenminister Sellmann erklärt an, daß der Vorredner sich auf den Loben der Verfassung stellt. Selbstverständlich bedeute das neue Kabinett die von dem vorigen Kabinett erlassenen Bestimmungen. (Abg. Söllner ruft: Ein schönes Debut!) Die Verordnung richtet sich nicht gegen das freie Wort oder gegen den Arbeiter, sie richtet sich nur gegen unerwünschte Veröffentlichungen, die Staatsordnung umzuwälzen. (Abg. Söllner ruft: Du hast schon. Schön von Stinnes gelernt!) Die neue Regierung hat kein Blatt verbotten, trotzdem wird sie in der wältesten Weise angegriffen. Die Regierung ist von Volk und Parlament gebildet. Die kommunistische Presse fordert ihre Beteiligung an den Kampf der Straße (Große Unruhe) und Errichtung

eines Sowjets an Stelle der Männer, die im Parlament im Reichstag sitzen. Dagegen muß sich die Regierung schützen. Die Regierung will aber Individuelle der Reichspresse treffen. Redner verliest dann einzelne Pressemeldungen rechtschender Mütter, die aus Anlaß des Verlassungslases sich gegen den Bestand der Republik richteten. Alle diese Dinge von links und rechts seien ein Beweis dafür, daß das Reich bei den allseitigen Übergriffen verbleibe. Der Minister richtet an die Kommunisten den Appell im Interesse der deutschen Volkswirtschaft die Bekämpfung der Verne durch Streiks und sinnlose Ausschreitungen zu unterlassen, andererseits erwidert er die Landwirtschaft, nicht durch Warenrückhaltung und Wucher die Erzeugung des Volkes zu steigern.

Der kommunistische Antrag geht sodann an den Reichsausschuß. Die Ergänzung des Reichsiedlungsgesetzes durch Verlängerung der Landbeschaffungsfrist auf zehn Wochen wird endgültig angenommen, ebenso gegen die Kommunisten und Deutschnationalen die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe auf 45 000 v. H. mit Gemeindefußschlag 30 000 v. H. Ein kommunistischer Antrag, der die Beschlüsse der Hausbetriebsstellen abschaffen will, wird abgelehnt. Einstimmig angenommen wird ein Antrag, der die Regierung ersucht, der Kollage der Studentenschaft abzuhelfen.

Am 14. ist die Tagesordnung erschöpft und der Reichstag verlagert sich auf den 16. und 17. Der Reichstag wird ermächtigt, Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

## Kleine politische Nachrichten

**Todesurteile über verbrecherische Minister**  
Wie aus Sofia gemeldet wird, wurden im Prozeß gegen die Minister des vormaligen bulgarischen Kabinetts Samba-Iski vier Minister zum Tode, zwei zu lebenslänglicher Kerker, die übrigen zu 3 bis 5 Monaten Kerker verurteilt. Stambuliski war bekanntlich nach seiner Flucht erkrankt worden.

**Zwangweise Devisenerfassung?**  
Genosse Dr. Gerg hat im Reichstag den Antrag eingebracht, folgendes Gesetz zu erlassen:

Soweit nicht bis zum 15. September 1923 zweihundert Millionen Gold auf die Schuldverschreibungen über die Schatzanweisungen der im § 1 des Gesetzes über die Sicherung und die steuerliche Behandlung einer werblichen Anlage des Reichs vom 15. August 1923 genannten Art gesichert worden sind, ist die Reichsregierung ermächtigt, die Einführung des Zahlungsmittels über die Einführung in ausländischen Zahlungsmitteln zu treffen. Jedermann ist verpflichtet, der hierfür vom Reichsminister der Finanzen bestimmten Stelle auf Verlangen Auskunft über die ausländischen Zahlungsmittel zu erteilen, über die er zu verfügen berechtigt ist. Die Nichterfüllung ist an Elbesstrafe zu verurteilen.

Die Breslauer Parteifunktionäre nahmen nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Winger eine Entschließung an, in der die Bedenken gegen die große Sozialisation noch einmal ausgesprochen, die Gründe für die Haltung der Fraktion aber **geurteilt** werden. Von der Fraktion wird rasche Durchsetzung dieser Forderungen in der neuen Regierung erwartet, da nur unter dieser Bedingung ein Verbleiben in der Reichsregierung möglich wäre. Die Wiederernennung des Reichsfinanzministers **Schuler** wird als besonders schwere Belastung der Koalition bezeichnet und die Breslauer Parteioffiziation erklärt, daß sie sich nicht davon abhalten lassen kann, die Unmöglichkeit der schlechten Reichsfinanzpolitik auch weiterhin zu brandmarken und zu bekämpfen.





draußen in der Hitze beim Sammeln und Verlichten der Kommissarier finden. Aber auch an den Vertikalen möchten es recht viele Naturfreunde und Vereinstmitglieder, möchte es jedermann ermöglichen, nach getaner Arbeit noch einige Stunden in die Dresdner Heide zu eilen und wenigstens in den Nachmittagsstunden von etwa 6 bis 8 Uhr beim Sonnenbaden zu helfen. Ein großes Verdienst könnte sich die Lehrerschaft Dresdens um die Heide erwerben, wenn sie noch jetzt während der Ferien ihre Schulkinder zusammenrufen und zum Halter sammeln in den Wald leiten würde. Die Staatsforstverwaltungen werden den sich anbietenden Sammlergruppen gern Führer zur Verfügung stellen. Man wende sich deswegen sofort an die nächstgelegenen staatlichen Forstämterstellen, insbesondere an die Staatsforstverwaltungen Ullersdorf in Weißer Hirsch (Herzogl. Forstamt Nr. 515). Große Eile tut not, denn die Jagdzeit der Heide dauert nur wenige Wochen. Jedes Stämmchen rächt sich bitter an der Allgemeinheit!

Wer sich in der Dresdner Heide auskennt, wird sich leicht nach den Waldbeständen hinfinden, in denen sich die meisten Halter zeigen. Es sind das die Waldbestände, die sich von der Heidemühle aus in den Richtungen nach Rabenberg, Großer Mannsdorf, Ullersdorf und Bühlau ausbreiten. Dort sind die meisten, mit schwarzen Blauschlingen gezeichneten, mitunter auch ganz buntenfarbenen bis schwarzen Halter an allen Stämmen zu sehen. Für diejenigen, die in der Dresdner Heide nicht genügend wegfundig sind, sind für jeden der nächsten Werk- und Feiertage früh 8 Uhr folgende Treffpunkte vorgesehen: Heidemühle, Haltestelle der elektrischen Straßenbahn am Kurhaus Bühlau (Endstation Bühlau) und Einmündung der Rabenberg-Dresdner Staatsstraße von Rabenberg her in die Dresdner Heide. Die Staatsforstverwaltung wird dort zur angegebenen Zeit Führer zur Verfügung stellen. Wenn möglich, bringe jeder einen zwei bis drei Meter langen Stiel mit, der am oberen Ende mit Strohseilen umwickelt ist. Der Stiel soll zum Zerdrücken der zum Teil hoch am Stammstamme stehenden Halter dienen. Zur Not gehen auch Spazierstöcke hierzu an. Es sollen männliche und weibliche, vor allem aber weibliche Halter vernichtet werden. Letztere erkennt man daran, daß sie größer und träger als die männlichen sind, daß ihr Hinterleib meist rot gerandet ist und daß ihre Halter nicht gesiebert sind wie die der männlichen Halter. Es genügt nicht, die weiblichen Halter am Stamm zu zerdrücken, sondern es müssen die zerdrückten Halter noch in einem Behälter (Schachtel, Blechdose oder dergleichen) gesammelt werden. Behälter ist dann von Zeit zu Zeit zu entleeren, um die gesammelten Halter 30 bis 40 Zentimeter tief in die Erde zu vergraben. Das Eingraben ist nötig, weil die im Halter selbst befindlichen, meist befruchteten Eier entwicklungsfähig bleiben, auch wenn der Halter selbst getötet worden ist.

**Preisrückgang auf dem Lebensmittelmarkt**

Der Preisrückgang wirkt sich nun auch auf dem Lebensmittelmarkt aus. Vor allem bei den Waren, die von Salatschmantonen direkt abhängig sind, haben sich die Preise schon bedeutend senkt. Der Konsumverein Vorwärts z. B. hat die Preise für die wichtigsten Lebensmittel für den Kleinhandel in seinen Verkaufsstellen um folgende Beträge herabgesetzt: Margarine (in der billigsten Qualität) von 300 000 M. auf 200 000 M., Schmalz von 1 Million Mark auf 700 000 Mark, geräucherter Speck von 1 Million Mark auf 700 000 M., gesalzener Speck von 600 000 M. auf 500 000 M., Palmis von 850 000 M. auf 650 000 M., Kaffeesatz in Tafeln von 900 000 Mark auf 600 000 Mark, Rindfleisch, Wildfleisch von 200 000 Mark auf 150 000 Mark, Lammfleisch von 850 000 Mark auf 600 000 Mark, Tafelöl von 600 000 Mark auf 550 000 Mark, Weizenmehl von 160 000 Mark auf 130 000 Mark, Weizenkleie von 200 000 Mark auf 150 000 Mark, Weiße Bohnen, Erbsen, Hirse von 300 000 Mark auf 200 000 Mark, Graupen von 250 000 Mark auf 200 000 Mark, Linsen von 300 000 Mark auf 250 000 Mark, Vollreis von 250 000 Mark auf 200 000 Mark, Erdbeeren von 220 000 Mark auf 180 000 Mark, Feigen von 200 000 Mark auf 150 000 Mark, Kaffersaat von 250 000 Mark auf 200 000 Mark, Safermehl, Safergrün, Saferstauden von 200 000 Mark auf 150 000 Mark für das Pfund.

Wenn der Preisrückgang weiter anhält, sind für die nächsten Tage noch weitere bedeutende Preisherabsetzungen zu erwarten.

**Die Dresdner Indeziffer**

Die Dresdner Indeziffer der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung) berechnet sich laut Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt nach dem Preisstand vom 13. August auf das 867,296 fache der Vorkriegszeit (1913/14=1), das sind 174 v. H. mehr als in der Vorwoche, wo das 134,152 fache erreicht wurde.

Für Sachse sind nach den Preisfeststellungen vom 13. August 1923 vom Statistischen Landesamt folgende Indeziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14=1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 361 001; Essen mit und ohne Bekleidung = 312 156. Am 6. August 1923 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten 129 501 und ohne Bekleidungskosten 105 052. Vom 6. bis 13. August sind mithin die Preise der bei der Lebenshaltungskosten berücksichtigten Güter um 195,1 bzw. 197,1 Prozent gestiegen.

Zur Fortsetzung der vom Sächsischen Arbeitsministerium bisher wöchentlich veröffentlichten Lebenshaltungskosten dient die folgende Übersicht:

Zerlegungszahl	Indeziffer vom	Zunahme	Prozentanteile
a. 13. 8. 23	13. 8. 23	gegenüber Januar 1923	gegenüber Januar 1923
29 717 288	812 156	1 765 738	197,1

Die Zahlen beziehen sich auf Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung ohne Bekleidung.

**Der „Vorwärts“ in Not!**

Die Gesamtverwaltung des Konsumvereins Vorwärts hat sich gezwungen gesehen, scharfe Maßnahmen zu beschließen, um der auch für den Konsumverein unerträglichen Notlage entgegenzuwirken. Seit 1919 kämpfen die Konsumvereine einen schweren Kampf um ihre Selbsterhaltung. Der Reallohn der Mitglieder ist fortgesetzt gesunken und hat deren Kaufkraft vermindert. Die Genossenschaften mußten deshalb die Geschäftsanteile möglichst niedrig halten. Das führte wieder dazu, daß die Konsumvereine nicht mehr in der Lage waren, die erforderlichen Warenmengen rechtzeitig und vorzuleisten zu beschaffen. Jedem einflussreichen Menschen wird es einleuchten, daß ein Geschäftsanteil von 50 000 Mark, der in der Regel nicht einmal voll eingezahlt ist, nicht ausreicht ist, um den Mitgliedern Waren im Werte von 1 bis 5 Millionen Mark pro Woche zur Verfügung zu stellen und außerdem noch ein großes Warenlager zu unterhalten. Dazu kommen die außerordentlich gestiegenen Unkosten. So mußte der Konsumverein Vorwärts im Juli 1923 allein 800 Millionen Mark Umsatzerlöse erzielen. Der Betrag der sozialistischen und

**An unsere Postbezieher!**  
 Unsere Postbezieher gehen heute unter Drucke Zahlkarten mit der Aufforderung zu, den Rest des Bezugsbetrages für den Monat August im Betrage von **507 000 M.** an uns abzuliefern. Wir erlauben auch an dieser Stelle unsere Postbezieher um umgehende Einzahlung des Betrages, da wir bei Nichteingang bis zum 21. August gezwungen sind, die Lieferung der Zeitung einzustellen.  
**Verlag der Dresdner Volkszeitung.**

kommunistischen Vertreter im Reichstag, den Genossenschaften die Umsatzerlöse zu erlassen, wurde von allen bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Auch der beschriebene Antrag, die Umsatzerlöse auf 1 Prozent herabzusetzen, fand keine Gnade.

Gegenwärtig stehen einem Monatsumsatz von 40 bis 50 Millionen Mark nur 3 Milliarden Mark eigenes Betriebskapital gegenüber. Die auf über 80 Milliarden Mark geschätzten Sachwerte des Vereins können leider nicht in Papierform umgewandelt und zum Wareneinsatz verwandelt werden. Auch wenn es möglich wäre, dürfte es doch im wohlverstandenen Interesse der Genossenschaft nicht geschehen. Da aber Waren beschafft werden mußten, blieb keine andere Wahl als Bankkredite in Anspruch zu nehmen. Die Banken fordern heute unerhöht hohe Zinssätze. Der Zahlungsertrag nicht weniger als 2 Prozent pro Tag, was einer Verzinsung von 700 Prozent im Jahre entspricht. Kredit wird überhaupt nur noch auf Goldmarkbasis gewährt.

Die Großhändler und Kartelle verfahren nicht viel glimpflicher mit ihren Weshern. Ihre Kasse, Dollar, Gulden oder englische Pfunde und bei Bezug hohe Verzugszinsen und bei eingetretener Geldentwertung einen entsprechenden Zuschlag. Das unter solchen Umständen mit geringem Betriebskapital nicht gearbeitet werden kann, ist klar. In der Vorkriegszeit dienten die von den Mitgliedern zur Verfügung gestellten Spareinlagen zur Hälfte ebenfalls der Warenverjüngung. Heute sind die Sparanlagen so rasch zurückgegangen, daß sie keinen wesentlichen Einfluß mehr ausüben können. Bankkredite scheiden nach den oben geschilderten Erfahrungen aus. Staats- und Gemeindefkredite sind nicht zu erlangen, da ja die Gemeinden und noch mehr die Länder in eine ganz heillose Schuldenwirtschaft hineingeraten sind und oft nicht einmal die Gehälter ihrer Angestellten bezahlen können.

So bleibt wieder weiter nichts übrig, als sich noch mal an die Mitglieder zu wenden, ihnen einen Weisens über die Lage des Vereins einzuschleusen und ihnen zu sagen, daß sie verdanken müssen, ihre Geschäftsanteile nach und nach auf die Höhe zu bringen, auf der sie in der Vorkriegszeit standen, nämlich auf einen vollen Wochenlohn. Das wird sicher vielen Mitgliedern sehr schwer fallen und den Rentnern, Erwerbslosen und sonst auf Unterstützung Angewiesenen unendlich sein. Trotzdem muß diese Forderung erhoben werden, weil sie allein die Erhaltung der Genossenschaft verbürgt. Die Rentner und Erwerbslosen werden nicht vom Warenbezug ausgeschlossen, wenn sie nicht in der Lage sind, die erforderlichen Anzahlungen zu leisten. Im so mehr ist es aber Pflicht derjenigen, die noch ihren Erwerb haben, ihren Verpflichtungen voll nachzukommen, damit die schwachen Mitglieder gesichert werden können.

Der Beschluß der Verwaltung des Konsumvereins Vorwärts steht nicht allein da. Tagtäglich kann man ähnliche Auforderungen in der Presse finden. Selbst an den Orten, wo die Kommunisten ausnahmslos sind, wie z. B. in Limbach und Gräna, fordern in einem Aufruf die Betriebsräte und die Genossenschaftsfaktion der R. P. D. zur sofortigen Einzahlung von mindestens 500 000 M. bis zum 31. August und zu weiteren 500 000 M. bis zum 15. September auf. Ueber die Mitglieder, die die Einzahlung nicht leisten, trotzdem sie dazu imstande sind, soll die Warenperze verhängt werden. Einige Vereine haben auch der Not gehorchend ihre Mitgliedsliste gesperrt. Das sind Zeichen der Zeit. Werden sie recht verstanden, so werden sie dazu anregen, alles zu tun, um die Arbeiterunternehmungen leistungsfähig zu erhalten. Ist auch kein weiterer Ausbau zur Zeit möglich, so können und dürfen wir doch unsere eigenen Entlohnungen nicht Not leiden lassen, um darunter wieder selbst am meisten zu leiden!

**Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer**

Die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer bemessen sich grundsätzlich nach dem Einkommen des Vorjahres. Bei steigender Geldentwertung dessen die Steuer des laufenden Jahres nicht mehr. Daher sind sie durch das Gesetz vom 9. Juli erheblich erhöht worden.

Am 15. August 1923 ist die Vorauszahlung wie folgt zu berechnen: Die auf das Jahr 1922 entfallende Gesamteinkommensteuer ist durch vier zu teilen und mit 25 zu vervielfachen. Die Einkommensteuer für 1922 beträgt 500 000 M. Dann ist an Vorauszahlung  $500 000 \cdot 4 \cdot 25 = 5 000 000$  M. zu zahlen.

Steuerpflichtige, die ihrer Einkommenberechnung einen Abschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde gelegt haben, haben das Hundertfache des vierten Teiles der Einkommensteuer für 1922, das ist das fünfundzwanzigfache der auf das Jahr 1922 entfallenden Gesamteinkommensteuer zu entrichten. Beispiel: A hat sein Geschäftsjahr am 30. April 1922 abgeschlossen. Als Einkommensteuer für 1922 sind 50 000 M. festgesetzt. Die Vorauszahlung beträgt  $50 000 \cdot 4 \cdot 25 = 5 000 000$  M.

Ist der Steuerbescheid für 1922 bis zum 15. August 1923 noch nicht ausgestellt, so ist von der nach der Einkommensteuererklärung sich ergebenden Steuer auszugehen und der sich danach als Vorauszahlung ergebende Vierteljahresbetrag mit 25, bei Abschluß vor dem 1. Juli mit 100 zu multiplizieren.

Steuerpflichtige, deren Einkommen 1923 hauptsächlich aus Arbeitslohn, aus freiem Beruf und aus Erträgen aus deutsche Währung lautender festverzinslicher Werte bestehen hat, haben nicht die erhöhten, sondern nur die im letzten Steuerbescheid festgesetzten einfachen Vorauszahlungen zu entrichten, wenn ihnen nicht ein besonderer Festsetzungsbescheid ausgeht.

Steuerpflichtige, bei denen der Steuerbescheid, der ihnen im Laufe der nächsten Wochen ausgeht, einen Vermerk über die Erhöhung der Vorauszahlungen nicht enthält, werden eine besondere Veranordnung erhalten. Anfragen bei den Finanzämtern und Steuerstellen sind aber dorezt zu unterlassen.

Auch die allgemeine und erhöhte Umsatzsteuer ist künftig unter gleichzeitiger Abgabe einer Voranmeldung in monatlichen Abschlagszahlungen zu entrichten. Während die auf die Umsätze des Monats Juli 1923 entfallende Umsatzsteuer bis 15. August 1923 abzuführen ist, ist in der Folgezeit die Steuer für die in einem Monat gezahlten Umsätze bis zum 10. des folgenden Monats zu zahlen. Für Steuerpflichtige, deren Umsätze im Kalenderjahre 1922 den Betrag von 1,5 Millionen Mark nicht überstiegen haben, bewendet es bei der vierteljährlichen Zahlung. Wird die Voranmeldung nicht rechtzeitig abgegeben, so setzt die Steuerstelle die Abschlagszahlung fest. Verspätete oder ungenügende Abschlagszahlungen haben erhebliche Zuschläge zur Folge. Es wird empfohlen, die Steuer dargebietes zu überweisen oder die Verzinsung zur Vermeidung von Zehnerverlust durch längeres Warten an der Kasse in den ersten Tagen des Monats in den zeitigen Vormittagsstunden zu bewirken. Soweit die Umsatzsteuerpflicht in Dresden zu erfüllen ist, ist das Umsatzsteueramt, Gertrudenstr. 4/5, zuständig. Dort sind Vorbehalte für die monatlichen Voranmeldungen erhältlich. Für die im Jahre 1921 eingemeldeten Erträge sind mit Ausnahme der Städtische Wasser- und Gaswerke die Finanzämter Dresden-N., West-, Ost und Neustadt zuständig.

**Stadtratsordnungsfraktion. Im Gegensatz zur gestrigen Mitteilung hierdurch die Mitteilung, daß die Fraktionsfraktion nicht heute, sondern erst nächsten Donnerstag stattfindet.**

Herr Joseph August Christian Ogeborn schied unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Erklärung: 1. Es ist unwahr, daß ich in der von Ihnen geschriebenen Dienstbescheinigung verhaftet worden sei. 2. Habe ich nie an politischen Versammlungen im Dienstloft teilgenommen. 3. Bin ich nicht Mitglied des Bürgerlichen Ordnungsbundes. 4. Niemals habe ich der besagten Fraktionspartei angehört. 5. War ich niemals Leiter des Deutschen Nationalen Jugendbundes. 6. Wohnen ich nicht Schanzenstr. 12, sondern 8. Etage.

Die Angabe unter 1 ist richtig, es liegt eine Verwechslung vor, dagegen war Herr Ogeborn am 10. Januar 1923 in der Versammlung der Reformgemeinde der Landbesitzer anwesend und machte den Vorschlag, Flugblätter mit dem Verbot der R. P. D. drucken zu lassen. Herr O. will auch nicht Mitglied des R. O. sein. Tatsache ist, daß er am 6. August 1923 bei der Streife in der Ausstellung mit dem Polizeipräsidenten befragt worden, dort aber auf keine Verhaftung hin, er sei ganz unbeeinträchtigt, wieder entlassen worden ist. Ob er Mitglied des R. O. gewesen, ist nicht festgestellt worden. Auch der verbotenen Fraktionspartei will Herr O. nicht angehört haben. Tatsache ist aber, daß Herr O. in der Gründungsversammlung der Deutschbolschewistischen Fraktionspartei am 23. März 1923 in Liebig's Bierstuben anwesend war und dort Auseinandersetzungen mit einem Herrn Hans Buchner wegen der Geldsammlungen in den Betrieben hatte. In der Behauptung, er sei nicht Leiter des Deutschsozialen Jugendbundes, können wir sagen, daß er nicht Leiter gewesen ist, was aber nach seiner ganzen Tätigkeit nicht ausschließt, daß er tatsächlich den Bund leitete.

Erklärung des Stadtratsordnungsfraktion. Vor einiger Zeit ist in Dresden unter diesem Namen eine G. m. b. H. gegründet worden, die für Mittwochabend Vertreter der Hauptpolizeibehörden, des Landrates, des Gesundheitsamtes und sonstige Interessenten zu einer Fortbildung der Fraktionsangehörigen mittels elektrischer Tastergeräte eingeladen hatte. Als Demonstrationsobjekt diente der Gasthof Goldenes Lamme in Zandau. Die Gesellschaft arbeitet mit einem System, das in der nachträglichen Forderung des Bauwerkes gegen die ausstehende Erbschaftigkeit besteht. Mittels eigener konstruierter, maschineller Vorrichtung werden die Mauern durchgeschnitten und in die entstehende, etwa einen Zentimeter breite Röhre mit Asphaltzylinder umhüllte Weisförmigkeiten eingezogen. Die Festschließung soll dadurch wie verriegelt wird, vollständig und für immer erstickt werden. Der Bauwerksbau soll von seiner Feuerschuttschicht abgetrennt werden, so daß er oberhalb der Feuerschicht verbleibt oder durch fortschreitende Ausbreitung des Gebäudes zerstört werden. Es das wirklich der Fall ist, vermag der Rat natürlich nicht zu beurteilen, kann auch erst nach Jahren einwandfrei festgestellt werden. Nach vorliegenden Sachverhältnissen. Gutachten ist das System im Ausland und seit etwa 20 Jahren auch in Deutschland, besonders in Bayern, mit Erfolg angewendet worden. Im Interesse der Häusererhaltung wäre dies nur zu begrüßen, zumal die Durchführung der Arbeiten keinerlei Gefahr und nur geringfügige Verlethung für die Hausbewohner, die ihre Wohnungen nicht zu verlassen brauchen, verursacht.

Städtische Volkshäuser. Vom Freitag an gelten bei den städtischen Volkshäusern folgende Preise: für ein Mannsbad 30 000 M., für ein Frauenbad 6000 M., für ein Schwimmbad an Erntedane 30 000 M., für ein Schwimmbad an Schiller (18 bis 17 Jahre) 4000 M., für ein Schwimmbad an Pinder bis Jahre 14 Jahre 4000 M.; an Volkshäusern: für ein Schwimmbad an Erntedane 8000 M., für ein Schwimmbad an Pinder 3000 M.

Volkshauskasse. Mit Rücksicht auf die Geldentwertung hat der Rat die Erhöhung der im diesjährigen Haushaltsplan vorgesehenen städtischen Beihilfen an Vereine und Anstalten der freien Volkshauskasse auf einen Gesamtbetrag von rund 1287 Millionen Mark beschlossen.

Vorschlag für Sozialrentner. Auf die zu erwartende Erhöhung der Volkshausunterstützung für Sozialrentner und im Zusammenhang damit an die Sozialrentner soll auf Beschluß des Rates die August-Unterstützung als Vorhut für September sofort ausbezahlt werden.

Der Preismultiplikator für Hotels, Bäder usw. beträgt für die Woche vom 12. bis 18. August 180 000.

Strandfest. Auf das von den Birschener Genossen am Freitag und Sonnabend veranstaltete Strandfest an der Elbe in Birschen machen wir nochmals aufmerksam. Es wird ein Volksfest im besten Sinne werden.

Zwei Orger betäubt. Im Elektrizitätswerk am Wettinerplatz traten am Mittwochabend durch Kohlenoxydgas bei zwei Heizer Vergiftungserscheinungen auf, verbunden mit Bewußtlosigkeit. Während sich der eine von ihnen bei Eintreffen der Sanitätsabteilung der Feuerwehre schon wieder erholt hatte, mußte dem andern 48 Jahre alten Arbeiter Sauerstoff zugeführt werden, ehe er das Bewußtsein wieder erlangte.

Selbstmord. In seiner in der Koonstraße gelegenen Wohnung machte ein 62 Jahre alter Ruffischer Sch., der in Schwermut verfallen war, seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Betriebsunfall. Am Mittwoch nachmittags führte in einer Eisenbahnung an der Polierstraße ein 23 Jahre alter Lagerarbeiter P. E. beim Abladen von Metall auf einem Lastwagen mit den Rücken in eine Eisenpfeife und verletzte sich die Wirbelsäule. Man brachte ihn mit Sanitätswagen nach dem Krankenhaus Friedrichstadt.

Zusammenfassung der weltliche Schule. Für den Wahlkreis für die weltliche Schule gingen ein: Bezirk Neuberg 1. Klasse 14 120 M., Bezirk Spiritusgesellschaft d. Rade 10 000 M., 18. Volksschule d. Georgi 139 840 M., Woche, Etzheim 2. Abteilung, durch Kasse 111 000 M., 4. Volksschule d. Sommering 108 880 M., Wasserwerkfabrik Könnich d. Bauer 114 000 M., Carrofferswerf Gasella d. Bauer 112 000 M., Zentralkorbhand der prof. Freiberger d. Bauer 133 600 M., Durch Baumgarten, Wälsch, 9600 M., Keller-sammlung der 4. Volksschule 11 498 M., Jca I b. Schierz 140 830 M., Durch Woche, Schmidt, 21 000 M., Adler u. Co. d. Mathies 70 000 M., Feigir Gruna d. Schmidt 142 240 M., Durch Schramm 26 000 M., M. Schulze 10 000 M., Durch Schmilke, Viehagen, 50 360 M., Durch Liebelt 39 410 M., Ja. Bäumer 6000 M., Durch Weidner 24 480 M., 50. Volksschule d. Weidner 8000 M., Volksschulen Dresden b. Köhler 1 877 560 M., Rundharmonikallied durch Hempel 10 650 M., Jca II b. Schürer 7650 M., Elternvereingung Johannstadt durch Hof 78 800 M., Elternvereingung Johannstadt d. Krebs 8820 M., R. P. D. d. Steinbach 118 250 M., Durch Rudolph 4000 M., Durch Weidner, Lohman, 108 040 M., Durch Köhler, Köhler, 78 000 M., Durch Linow, 7000 M., Durch Bölling 10 000 Mark, Durch Rathke 88 806 M., Städt. u. Lohr d. Englisch 87 000 M., Kolbe u. Schlicht d. Drechsel 10 600 M., Wolfstamm d. Röhrenmeister 84 400 M., Sömel u. Reichel d. Jmbol 54 480 M., Mich. Köhlich d. Peter 24 000 M., Durch Weidner 10 000 M., Dr. Kasper d. Richter 82 500 M., Ortsgruppe Dresden der Berufsfeuerwehre 20 500 M., Gruppe Köhlich-Köhlich d. Köhlich 83 800 M. — Es wird dringend darum ersucht, nach ausstehende Listen abzurechnen, damit eine Gesamtabrechnung baldigst erfolgen kann.  
 Artur Rüdiger.

**Trog der entzehligen Leuerung**

ist es kein Kunststück, Preis gut geliebt zu sein, wenn man alle Liebungskräfte aus mit den weidberühmten edlen Weltmann's Farben, Karte Fruchtstapf im Stern, leicht färbt.

Weltmann's Farbe (part den Färbemittel) Vertretung und Lager: R. Ullrich, Wilschauer Straße 21, Leipzig 10 11.

Die Ausstellungsgelung gibt bekannt, daß das für Freitag den 17. August angelegte große Militärkonzert von vier Reichswehrkapellen ausfällt.

Gegen dreißig Kisten modrige, verkaufte Ränderheringe mußte heute wegen des teilweisigen Bestands, den sie ausströmten, der Großhändler Wappler aus seinem Keller in der Grohmarktstraße entfernen. Sie wurden der städtischen Beseitigungsanstalt zugeführt. Es wird zu unterzucht sein, ob es sich dabei etwa um sträflich zurückgehaltene Ware handelt.

### Aus dem Parteileben

Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß Dresden. Dem Arbeiter-Wohlfahrtsausschuß, der Wohlfahrtsorganisation der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Dresden, ist ein Quantum Lebensmittel von Dänemark übermietet worden. Dieser Lebensmittel soll an schwächliche Kinder und kranken Personen unentgeltlich verteilt werden. Die Mitglieder des A. D. G. B., sowie die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften müssen umgehend Vorschläge der Geschäftsstelle des A. D. G. B., Wettinerplatz 10, 1. Etage, übermitteln.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Justizbeamten. In der Rolle in der gestrigen Nummer muß es heißen: Kurze Ausführungen des Landtagsabgeordneten Wedel über: Welche Ziele haben Arbeiter und Beamte gemeinsam zu erkämpfen?

### 4. Unterbezirk

Freitag, 8 Uhr, Vorträge über die politische und wirtschaftliche Lage:

Gruppe 1 im Restaurant Schuber, Meyer Straße 5. Referent: Genosse Rebauteur Pomdach.

Gruppe 2 am Kurfürstendamm, Kurfürstendamm 37. Referent: Genosse Stadtratsmitglied Robert Fischer.

Gruppe 3 im Köppler Garten, Köppler Straße 30. Gruppenführung.

Gruppe 4 im Restaurant Taubert, Ede Klau- und Louisestraße. Referent: Genosse Rebauteur Finsterbusch.

Gruppe 5 im Restaurant Berger, Kriebitz-Neuter-Straße 11. Referent: Genosse Rebauteur Heilbut. — 7 Uhr Verwaltungssitzung.

Gruppe 6 im Restaurant Königswald, Fichtenstraße 15. Gruppenführung.

Gruppe Waldschlößchen im Radeberger Hof. Referent: Genosse Rebauteur Mar Richter.

Bezirk Pleßden. Freitag keine Sitzung. Alle Genossen von Pleßden, Witzsch, die gewillt sind, am Strandfest Ordnungsdienste zu leisten, werden gebeten, am Freitag bis spätestens 6 1/2 Uhr bei Wappler einzufinden.

Bezirk Loschwitz. Freitag, 7 1/2 Uhr, in der Schwärzerstr. 10, abends. Genosse Dr. med. Sworowski hält einen Vortrag. Vollständiges Erscheinen wird erwartet, durch Genossinnen eingeführte Gäste willkommen.

### 5. Unterbezirk

Arbeitsrat. Dienstag den 21. August, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2, Vorstandssitzung. Da neben organisatorischen Fragen andre wichtige Punkte zu erledigen sind, ist es unbedingt notwendig, daß alle Gruppen vertreten sind. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Jungsozialisten Altstädter treffen sich erst wegen der Volkshochschulwoche in Bautzen Sonntag den 26. August 1923, im Volkshaus. Bericht von der Reichskonferenz in Erlangen.

### 6. Unterbezirk

Bezirk Dresden-Plauen. Sonntag den 18. August, abends 7 1/2 Uhr, Gruppenversammlung im Plauenischen Lagerkeller. Genosse Schuberl spricht über die politischen Tagesfragen.

Gruppe Witzsch. Der für Sonntag den 18. August geplante Wanderabend nach Burgwitz fällt, infolge der ungünstigen finanziellen und wirtschaftlichen Lage aus.

Bezirk Gossensau, Stehsch, Kemnitz und Umgegend. Heute Donnerstag, abends Punkt 8 Uhr, Versammlung in der Laßschänke an Gossensau. Genosse Heilbut spricht über die Reichsvertassung und Augusti Webel. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch Gäste ist der Zutritt gestattet.

Bezirk Coschitz, Wittersee, Burg, Kleinnaundorf. Der für Sonntag abends geplante Wanderabend muß dringender Umstände halber ausfallen und wird später stattfinden. Das Nähere wird noch bekanntgegeben.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

Bezirk Radeberg. Freitag den 17. August, abends 8 Uhr, findet im städtischen Jugendheim unsere Bezirks-Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Wedel über: Die politische Lage im Reich. Keine Genossin und kein Genosse darf in dieser außerordentlich wichtigen Versammlung fehlen.

28. 7. 23 89 836 80,144 Proz. 228,5 Proz.  
30. 7. 23 71 476 81,706 Proz. 506,496 Proz.

Angenommen, ein Angestellter hätte am 30. Juni 1923 ein Gehalt von 3 000 000 M. Für diese Summe konnte er sich beispielsweise 4 Zentner Roggen kaufen. Diese gleiche Warenmenge soll er sich weiter kaufen können (Wertbeständigkeit des Geldes). Sein Realeinkommen soll aber, da es im Laufe der Zeit erheblich gesunken ist, um 20 Prozent gehoben werden, um sich entsprechend mehr Roggen kaufen zu können. Die Gehaltszahlung soll am 10. und 20. Juli mit je 80 Prozent, am 31. Juli mit 40 Prozent erfolgen.

Der Angestellte soll sich also am 10. Juli 30 Prozent von 4 Zentner Roggen plus 20 Prozent = 144 Pfund kaufen können. Der Preis der 4 Zentner Roggen ist bereits bis zum 8. 7. 23 (vgl. Bewegung des Reichsindex) um 37,3 Prozent auf 4 119 000 M. gestiegen. Für 144 Pfund waren demnach am 8. 7. 1482 840 M. aufzuwenden. Dieser Preis galt natürlich am 10. 7. (dem Tage der Gehaltszahlung) nicht mehr; er hatte sich schätzungsweise um weitere 20 Prozent, auf 1 779 408 M. erhöht. Diesen Betrag mußte also der Angestellte am 10. 7. 23 erhalten. Er erhält ihn nach folgender Berechnung:

1 080 000 M. = 30 Prozent des Grundgehalts (3 000 000 M. + 600 000 M. Junigehalt + 20 Prozent Steigerung)  
408 840 M. = 37,3 Prozent Steigerung des Reichsindex vom 8. 7. 23.

1 482 840 M.  
+ 286 588 M. = schätzungsweise weitere Steigerung von 20 Prozent  
1 779 408 M. ist die Zahlung vom 20. 7. 23 ergibt sich folgendes:

Für die Zahlung vom 20. 7. 23 ergibt sich folgendes: Der Preis für 144 Pfund Roggen liegt von 1482 840 M. bis zum 11. 7. 23 um 22,948 Prozent auf 1 971 404 M., bis zum 18. 7. 23 um weitere 24,812 Prozent auf 2 647 532 M. Am 20. 7. 23 stieg der Preis schätzungsweise um 20 Prozent höher, so daß der Angestellte an diesem Tage 3 177 898 M. für 144 Pfund Roggen anlegen mußte. Auch diesen Betrag erhält er:

1 080 000 M. = 30 Prozent des Grundgehalts von 3 000 000 M.  
1 567 717 M. = 145,168 Prozent Steigerung (28 892 Wechsler vom 18. 7. 23 im Verhältnis zur Ausgangsmessziffer 11 785)

2 647 532 M.  
+ 529 543 M. = schätzungsweise weitere Steigerung von 20 Prozent  
3 177 898 M. ist die Zahlung vom 20. 7. 23 ergibt sich folgendes:

Die geringe Differenz zwischen Roggenpreis und Gehaltszahlung (138 M.) erklärt sich daraus, daß die Dezimalbrüche nicht vollständig aufgehen. Die Differenz spielt auch bei den in Frage kommenden Summen keine ausschlaggebende Rolle, während vor allen Dingen nicht die Richtigkeit der Berechnung.

Bei der Gehaltszahlung am 31. 7. 23 kommen folgende Zahlen in Betracht:

Der Angestellte sollte sich an diesem Tage nicht nur 144 Pfund, sondern 192 Pfund Roggen kaufen können (40 Prozent von 400 Pfund plus 20 Prozent). Diese 192 Pfund Roggen kosteten am 8. 7. 23 bei einer Steigerung von 88,144 Prozent 4 906 486 M. und bei einer weiteren Steigerung von 81,706 Prozent bis zum 30. 7. 23 7 233 671 M. Am 31. 7. 23 hand der Preis schätzungsweise wieder um 20 Prozent höher, so daß der Angestellte 10 480 406 M. vorausgeben mußte. Er muß also diesen Betrag am 31. 7. 23 erhalten:

1 440 000 M. = 40 Prozent des Grundgehalts von 3 600 000 M.  
7 233 596 M. = 506,496 Prozent Steigerung (71 476 Wechsler vom 30. 7. 23 im Verhältnis zur Ausgangsmessziffer: 11 785)

8 733 585 M.  
+ 1 746 717 M. = schätzungsweise weitere Steigerung von 20 Prozent  
10 480 302 M. ist die Zahlung vom 31. 7. 23 ergibt sich folgendes:

Die Differenz von 103 M. erklärt sich wiederum aus den nicht restlos aufgehenden Dezimalbrüchen. Der Angestellte hat also erhalten:

1 779 408 M. am 10. Juli,  
3 177 898 M. am 20. Juli und  
10 480 302 M. am 31. Juli  
15 438 608 M. ist die Zahlung vom 31. 7. 23 ergibt sich folgendes:

Dieses Einkommen setzt sich zusammen aus:  
3 600 000 M. Grundgehalt und  
11 836 970 M. Feuerungszulag  
15 436 970 M. Er. m. o.

Die Steigerung von 3 000 000 M. (Junigehalt) auf 15 436 970 M. (Zustehenden) beträgt prozentual ausgedrückt: 414 565 Prozent.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch 279,5 Pfund kaufen können. Die Kaufkraft seines Einkommens wäre dann nicht um 20 Prozent erhöht worden, sondern um ca. 30 Prozent gesunken.

Wäre das Junigehalt des Angestellten um die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Durchschnittssteigerung von 32,2 Prozent erhöht und ihm das zu errechnete Zulage mit 14 788 000 M. am 31. Juli in ungekürzter Summe ausbezahlt worden; so hätte er sich an diesem Tage nicht mehr 400 Pfund Roggen, sondern nur noch

Sport • Spiel • Körperpflege

2. Schweizerisches Arbeiter-Turn- und Sportfest in Zürich

In den Tagen vom 4. bis 6. August hielt der Schweizerische Arbeiter-Turn- und Sportverband in Zürich sein 2. Turn- und Sportfest ab. Um es vorweg zu sagen, die Veranstaltung, die durch die zahlreiche Beteiligung von Deutschen, Oesterreichern, Tschechen, Belgiern und Franzosen ein internationales Gepräge erhielt, war ein einseitiger, herrlicher Erfolg für die gesamte Turn- und Sportbewegung und insbesondere für den gewaltig aufblühenden Schweizer Verband ein bedeutsamer Schritt nach vorwärts.

Begünstigt durch ein außerordentlich prächtiges Wetter haben die Schweizer Arbeiterturner an den drei Festtagen ihre technisch hohen Leistungen in Freitübungen und an den Geräten gezeigt. Aber auch die anderen Leibesübungen, wie Leicht- und Schwereathletik, Fußball und Wasserfahren, die verständnisvoll eingefügt waren, zeigten bei lebhafter Beteiligung (auch der Ausländer) die Schweizer auf der Höhe. Einen Schatten warf die Papierverweigerung der französischen Nachrichten auf das Fest, die einer französischen Fußballmannschaft die Einreise verweigert hatten, nur, weil sich dieselben im friedlichen Wettkampf mit deutschen Genossen aus Stuttgart messen wollten.

Die Körperpflege war in eigene Regie genommen. Eine über 3000 Personen fassende Festhütte, die wunderbar in Gartenstellung eingerichtet war, bildete den Haupttreffplatz und war zu den allseitig stattfindenden Unterhaltungsabenden förmlich vollgepfropft. Es ist unmöglich, an dieser Stelle all der Maßnahmen und Einrichtungen zu gedenken, die zur Erleichterung und Bequemlichkeit der Genossen getroffen worden waren.

Der Hauptfesttag, Sonntag, begann vielversprechend. Ein Ereignis bildete das Propagandaturier der Deutschen auf dem Helvetia-Platz, mitten in der Stadt. Eine vieltausendköpfige Menge wohnte dieser musterhaften Aufführung bei. In den zeitigen Nachmittagsstunden marschierte in guter Ordnung der über 8000 Personen zählende Festzug durch die Hauptstraßen der Stadt nach dem Festplatz. Die Strahlen waren wunderbar geschmückt, die Stadt hatte ein Festgewand an. Zu beiden Seiten hielten sich die Einwohner, oftmals ihrer Freude durch starken Beifall Ausdruck gebend.

Sämtliche Arbeitervereine, Parteien, Genossenschaften, Radfahrer, Jugendgruppen u. a. m. hatten sich angeschlossen — ein kraftvolles Symbol der Einheit, Brüderlichkeit und Gleichheit. Der farbenfrohe Zug dürfte die nachhalligste Wirkung nach innen und außen herbeigeführt haben. Anschließend fanden die Freitübungen der Schweizer statt, die, 2500 Mann stark, einen guten Gesamteindruck hinterließen. Es folgten die schneidigen Schweizer Turnerinnen, denen, von lebhaftem Beifall begleitet, die deutschen mit den Bundesfestfreitübungen folgten. Uebereinstimmend be-

zeugten alle Zeitungen und persönliche Ausdrücke, daß die Einheitslichkeit und die Kraft der Deutschen den vorzüglichsten Eindruck machten. Die Tschechen wählten mit ihren eigenartigen Freitübungen auf. Bis spät in den Abend hinein umdrängte eine dichte Zuschauermenge den Festplatz, um all den gebotenen Auführungen folgen zu können. Die Deutsche Bundesschule aus Leipzig wirkte in der Festhütte an den Abendunterhaltungen mit und eroberte sich durch ihre Aufführungen den stürmischen Beifall der Anwesenden.

In der Leichtathletik konnte die deutsche Delegation mehrere Siege und gute Plätze gewinnen. Die deutschen Fußballspieler schnitten ebenfalls gut ab. An Stelle des ausgefallenen Spieles Frankreich — Deutschland spielte Süddeutschland — Zentraldeutschland, welches letztere mit 7 : 4 für sich entscheiden konnten. Die weiteren Spiele endeten wie folgt: Süddeutschland — Westschweiz 4 : 0, Süddeutschland — Zentraldeutschland (zweites Spiel) 1 : 1.

Am Montag mittig erreichte das Fest mit der Preisverteilung sein Ende. Werkslose Gegenstände und Ehrenkränze bildeten die Anerkennung für die hervorragenden Leistungen. Für die Deutschen kam das nicht in Frage. Der Abend vereinte noch einmal die Anwesenden in der Festhütte, wo ein gutgelungener Abschiedsconcert den Ausklang des Festes bildete.

Einige Worte seien noch der Schweizer Bevölkerung und den dortigen Genossen gewidmet. In einzigartiger Weise ist an den balustraden Ausländern Gastfreundschaft geübt worden. Die Aufnahme war eine sehr freundliche, und als am Montag die Schulen geräumt werden mußten, waren alle deutschen Genossen, die noch bis zum Donnerstag in Zürich blieben, in kurzer Zeit untergebracht. Mit wahrer Begeisterung sind dann die Deutschen wieder in ihre Heimat gefahren, um Kunde zu bringen von den großen Festtagen in Zürich. Den schweizerischen Genossen aber haben die deutschen Genossen ein dauerndes Gebenken bewahrt in der Hoffnung, daß recht bald ein noch engerer Freundschaftsband geknüpft werden kann. Georg Rothe.

Kreisportfest

Ein erstklassiges Fußballspiel Dresden-Cottal gegen Freital-Pottschappel und ein erstklassiges Schachspiel Dresden-Striesenei gegen Bodenbach wird Sonntag in der Dresdner Kampfbahn vorgeführt. Alle Fußballabteilungen und Turnspielabteilungen werden ersucht, durch vorzügliche Erscheinen ihre Interesse an diesen Wusterspielen zu bezeugen.

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Kreisportfest! Um die auswärtigen Besucher rechtzeitig in ihre Quartiere führen zu können, wird eine Anzahl Genossen und Genossinnen (auch Jugendliche) benötigt. Diese haben sich Sonnabend früh 11 Uhr im Volkshaus beim Quartierausmarsch zu melden. 2. Gruppe. Kreisportfestarten sind bis Freitag abzubrechen. Gruppen- und Bezirksbeiträge sowie der Fragebogen sind sofort einzusenden. — Wilschdorf-Boxdorf, 17. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Höhe Versammlung. 18. August, abends 8 1/2 Uhr, in der Höhe Versammlung. 18. August, abends nach Pilschen. Abmarsch 8 1/2 Uhr von der Turnhalle. — 4. Gruppe. Alle Vereine haben die vom Bund herausgegebenen Fragebogen (beiz. Zugehörigkeiten zur Partei) an den Gruppenvertreter sofort abzugeben. — Pölsendorf-Wilmshaus, 17. August, nach der Turnhalle gemeinschaftliche Verwaltungssitzung. Alle Techniker haben zu erscheinen. Sängerabteilung, 18. August, Männer-Nachwanderung. — 6. Gruppe, Radeberg, 18. August beteiligen sich alle Vereine unter Mitwirkung des Gruppenpielmanns am Kreisportfest in Dresden auf der „Jugend-Kampfbahn“, Rennstraße. Abfahrt 9.30 Uhr von Radeberg (bis Dresden-Reustadt).

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Dresden-Süd. Beide Abteilungen über am Freitag (17. August) in Radeberg. (Vespredung

über gemeinsames Treffen zum Kreisportfest. — Dresden-A. Anlässlich des Kreisportfestes findet Sonnabend (18. August), abends 9 Uhr, im Volkshaus ein geselliges Beisammensein mit den auswärtigen Gästen statt. Alle Genossinnen und Genossen werden mit ihrem Quartierbesuch hierzu eingeladen. Vorher Treffen im Begegnung zum Strandfest.

Delios 1-Reustadt 1:1 (1:1), Eden 5:4. Ein nicht besonders interessantes Spiel. Delios spielte im Angriff recht erfahren und Reustadt ging unerwartet schonungslos vor. In der zweiten Spielhälfte war Delios fast dauernd überlegen. Das Tor für Reustadt fiel durch Elmter. Recht unverständlich blieb der Schiedsrichter durch seine Arbeitsentscheidungen, sonst gut. Insofern wirkten die dauernden Bemerkungen des linken Verteidigers von Reustadt.

Arbeiter-Schützenbund. Bundesauskunft. Freitag, 17. August, 7 Uhr, wichtige Sitzung im Reustädter Stadtkeller.

Arbeiter-Küchler. 1. Bezirk. Arbeitergemeinschaft Striesenei. Die Vereine müssen bis 17. August, abends 8 Uhr, in dem Vereinslokal von Perlula, Wartburgstraße, abgerechnet haben. Vereine, die bis dahin nicht abgerechnet haben, müssen alle Karten mit dem zuletzt beschlossenen Preise bezahlen. Quartiermeldungen für Lindbach werden am genannten Tage abgeschlossen.

Satyrin gegen Nervenschwäche, Erschöpfungszustände, sex. Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg. Fachärztlich begutachtet und sehr empfohlen. Prospekte gratis. Erhältlich in Apotheken — Stets vorrätig in Dresden: Martens, Mohren-, Reichs-, Löwen-, Storch-, Kronen-, Lindners, Amalien- und Salomonis-Apotheke.

Der Deukastein (Kalksandstein) übertrifft jeden anderen Baustein durch seine schöne Farbe, gleichmäßige Form, bildnerische Bearbeitungsmöglichkeit. Er ist der schönste und billigste Verbinder für Rohbau, gleich gut geeignet für Putzbau, hochdruckfest, feuer- und wetterbeständig, mörteleispend. Man verlange unsere Broschüre in der Jahreschau Deutscher Arbeit (an der Lennestraße, nahe dem Hauptingang).

Empfehlenswerte Dresdner Firmen sowie Großhandel und Industrie

Wäsche — preiswert F.A. Horn, Ferdinandsstr. 3

E. W. Starke Leinen und Wäsche An der Kreuzkirche 1b

Aug. F. Zimmermann Dresden-A., Trompeterstraße 7 Korngarderobe in reichlicher Auswahl Tadelloser Sitz — Nur gute Qualität Preise zeitgemäß außerordentlich billig

Wilhelm Kaufmann Textilwerke Zentralverwaltung Dresden Bismarckplatz 1 (Wilhelm Kaufmann-Haus) „Wekate“-Strick-, Stopf- und Häkelgarne Imitatgarne, Strumpfgarne in Louisiana und Mako Louisiana- und Mako-Zwirne Fabrikhandtücher, Scheuertücher, Gurte-Teppiche und Läufer

Perl & Sohn Konfektion, Arbeiterbekleidung und Schuhwaren-Großhandlung Palmstrasse 13 Telephone 26644

Herm. Mühlberg Wallstraße Webergasse Scheffelstraße Erstes Mode- und Ausstattungshaus Strümpfe / Trikotagen / Sportgeräte

Posner & Co. Prager Straße 32 Herren- und Damenschneiderei Pelze

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan Ohne Gewähr! (Masterschutz.) Abfahrtszeiten: Dresden-Pönsendorf: 7.04, 10.25, 2.05, 5.05, 9.10 (auß. l. u. Mittw.), 10.55 (feiertags und Mittwochs); Dresden-Geising-Altenberg: 8.23 (w. 5.45), 10.35, 3.12, 7.52; Dresden-Kipsdorf: 5.50, 0.42, 1.14, 4.41, 7.29 (w. auß. Mittw.), 11.12 (l. auch Mittwochs); Dresden-Gottschau: 6.17, 1.11, 4.40, 7.52 (auß. außer Mittw.), 10.30 (nur Mittwochs); Dresden-Frauenstein: 6.20, 11.52, 9.20; Dresden-Dürrröhrsdorf-Neustadt (Sa.): 6.03 (w.), 8.07, 10.55, 2.03, 4.40 (w. b. Dürrröhrsd.), 6.05 (n. l. u. a. b. m. Sept.), 7.41, 10.30 (n. l. Mittwochs u. am festl. W. festl. W.); Dresden-Radeburg-Radeberg: 6.25, 8.42 (l. b. Moritzburg-E.), 11.39, 2.15, 5.30 (w.), 7.55 (l.), 10.33; Dresden-Wilsdruff-Nossen: 5.50, 9.42, 1.14 (b. Wilsdr.), 5.12, 4.41 (b. Wilsdruff, l. b. Mohren), 6.25 (w. b. Mohren), 11.12 b. Wilsdruff).

Tapeten Otto Rühl Nachf. 6. Richard Israel Dresden-A., Valer. J an Topplatz Telephone 20078

Walter Seitz & Co. Dresden, Wettinerstraße 15 Möbel- und Warenkredithaus

Hermann Zschau Trompeterstrasse 9 Eisenwaren, Werkzeuge Haus- u. Küchengeräte

Textilwerke Albert Fuhlrott Dresden-A., Palmstrasse 1 — Mechanische — Baumwollweberei — Spezialität: — Hemden-Zephir

Dresdner Schürzenfabrik Nur an gros! Schürzen — Damenwäsche Nur an gros! Hopf & Feilgenhauer, Dresden-A. 1

Seidenhaus Carl Schneider Dresden, Altmarkt 8.

Max Hinselmann Putz- und Modewaren Dresden Frajer Straße 29

Ein altbewährtes Schönheitsmittel in Guttman's Cosmos-Seife DRESDEN

VORWÄRTS K.V.D. Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend, eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht 143 Vertellungsstellen 2 Großbäckereien 19 Kraftwagen mit Anhänger 56 Hausgrundstücke Abteilung Sparkasse 20 000 sparende Mitglieder 500 Millionen Spareinlagen Verzinsung mit 12, 15 u. 20 %